

„Dann müssen wir mit Habeck reden“

Von Andreas Schnadwinkel

HÜLLHORST (WB). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post (63) aus dem Kreis Minden-Lübbecke ist als stellvertretender Fraktionsvize seiner Partei für Europa, Haushalt und Finanzen verantwortlich. Das ist in diesen Zeiten ein ziemlich dickes Brett. Außerdem ist er Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

Ihr Namensvetter Florian Post, Ex-SPD-Bundestagsabgeordneter aus München, will aus der SPD austreten, weil die Partei „für Menschen mit gewöhnlichen Alltagsorgen“ nicht mehr wählbar sei. Hat er recht?

Achim Post: Nein, er hat unrecht. Ich denke, dass bei seiner Entscheidung persönliche Enttäuschungen eine Rolle spielen.

Und warum sollen Menschen mit gewöhnlichen Alltagsorgen SPD wählen?

Post: Weil wir die politische Kraft sind, die gleichermaßen auf wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit setzt. Das ist der Markenkern der SPD. Solange wir das machen, werden viele Bürgerinnen und Bürger SPD wählen.

Zu den Alltagsorgen gehören auch die explodierenden Kosten für Energie und Lebensmittel. Ihre SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken hat angekündigt, die von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck geplante Gasumlage kippen zu wollen. Ist das ein richtiges Signal?

Post: Die Gasumlage ist bei der Uniper-Rettung entstanden. Ich bin für die Rettung, weil die Energieversorgung gefährdet wäre, wenn solch ein großer Energieversorger vom Markt verschwindet. Die Gasumlage selbst ist kein ideales Instrument. Wir setzen darauf, dass der zuständige Wirtschaftsminister Robert Habeck einen Vorschlag macht, der die Ausschüttung von Zahlungen aus der Gasumlage auf von der Insolvenz bedrohte Unternehmen konzentriert. Und wenn er keinen neuen Vorschlag macht, müssen wir mit ihm noch mal reden.

Kanzler Olaf Scholz war mit Habeck in Kanada. Ist es richtig, dass sich der Kanzler jetzt persönlich mehr in die Energiepolitik einbringt?

Post: In der Energiepolitik



Treffpunkt Hüllhorst am Südhang des Wiehengebirges: Der SPD-Abgeordnete Achim Post ist in seiner Heimat populär. Foto: Thomas F. Starke

ist der Kanzler immer schon präsent gewesen, aber nicht immer öffentlich. In den nächsten Wochen müssen wichtige Entscheidungen im Hinblick auf Herbst und Winter gefällt werden. Nämlich, was wir für die Bürgerinnen und Bürger, Betriebe, Stadtwerke und Sozialeinrichtungen tun können, damit wir gemeinsam ordentlich durch den Winter kommen.

Glauben Sie Robert Habeck, dass er wirklich so viel Gas besorgen will, wie es vor allem auch die Industrie braucht? Oder kann den Grünen der Preis für den fossilen Energieträger Gas gar nicht hoch genug sein, weil sie mit über den Preis das Verhalten der Menschen steuern wollen?

Post: Mittlerweile bin ich fest davon überzeugt, dass es auch Robert Habeck und den Grünen darum geht, jetzt in der akuten Krise so viel Gas wie möglich zu besorgen. Im Koalitionsvertrag steht ohnehin, dass Gas für einen Übergangszeitraum unverzichtbar ist, weil wir nicht gleichzeitig aus drei Energieträgern aussteigen können. Robert Habeck tut alles, um möglichst viel Gas für Deutschland zu besorgen. Das brauchen wir nämlich.

Werden die Energiepreise und die Energieversorgung zur Nagelprobe für die Bundesregierung?

Post: Es ist und wird eine Nagelprobe für uns alle, weil

die explodierenden Energiepreise die gesamte deutsche Volkswirtschaft und die gesamte Gesellschaft vor wirklich ernste Herausforderungen stellen. Aber mit entschlossenem Handeln und Zusammenhalt können wir das bewältigen. Auch deswegen wird diese Bundesregierung in den nächsten Tagen und Wochen deutliche weitere Entlastungen auf den Weg bringen.



Auch in Ihrem Wahlkreis spielen Energieversorgung und Energiegewinnung eine wichtige Rolle. Was lehnen die Leute im ländlichen Raum mehr ab: Windkraftanlagen oder Gas-Fracking?

Post: Es ist nicht so einfach, dass es nur um das eine oder das andere geht. In der jetzigen Situation, in der Wirtschaft und Bürger auf eine bezahlbare verlässliche Energieversorgung angewiesen sind, muss man erst einmal vorbehaltlos alles prüfen, was geht. Persönlich bin ich der Ansicht, dass man beim Ausbau der erneuerbaren Energien einen Zahn zulegen muss, um sich unabhängiger zu machen. Beim Fracking habe ich starke Vorbehalte, da bin ich sehr skeptisch.

Eine bundesweite Gruppe SPD-Linker hat jetzt gefordert, Friedensverhandlungen mit Russland aufzunehmen, um schnellstmöglich einen Waffenstillstand in der Ukraine zu erreichen. Was halten Sie von dem Vorstoß?

Post: Ich habe das Papier gelesen, aber nicht unterschrieben. Ich finde es ehrenwert, sich darüber Gedanken zu machen, wie man einem Waffenstillstand näherkommen könnte. Deutschland hat eine hervorragende außenpolitische Rolle gespielt, nachdem sich Russland die Krim einverleibte. Da haben Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel mit den Franzosen, Russen und Ukrainern die Minsk-Abkommen verhandelt. Zuletzt hat der türkische Präsident Erdogan das Getreideabkommen mit Russland und der Ukraine weitgehend alleine ausgehandelt. Und ich sehe gar nicht ein, dass wir solche Dinge Herrn Erdogan überlassen sollen. Ich würde mir wünschen, dass hier auch unsere Außenministerin aktiver diplomatisch unterwegs wäre. Ich weiß, dass es nicht trivial ist, mit einem Aggressor zu reden, der für Tod und Vertreibung verantwortlich ist. Und es ist auch klar, dass Gespräche nur an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer gehen, nicht über ihre Köpfe hinweg. Aber das Getreideabkommen zeigt, dass immerhin kleine Fortschritte möglich sind.

Bekommen Sie einen Bundeshaushalt 2023 hin, ohne die Schuldenbremse zu gefährden?

Post: Das kann ich jetzt noch nicht beantworten. Das kann ich erst sagen, wenn ich weiß, was in den nächsten Wochen und Monaten noch auf uns zukommt. Während der Corona-Pandemie haben wir die Schuldenbremse dreimal ausgesetzt, weil wir Geld mobilisieren mussten, damit die Betriebe und Beschäftigten diese schwierige Phase überstehen. Und das haben wir besser überstanden als viele andere Länder. Sogar jetzt haben wir trotz der Folgen des Ukraine-Kriegs Wachstum, auch wenn es nur 0,1 Prozent sind. Die Wirtschaft stürzt nicht ab, aber sie könnte weiter schrumpfen, wenn wir uns für einen Sparhaushalt nach dem anderen entscheiden sollten. Die Aufgaben wachsen, und das müssen wir stemmen. Ich habe für dieses Jahr einen Nachtragshaushalt ins Spiel gebracht, mit dem wir, wenn nötig, finanzielle Handlungsspielräume gewinnen könnten. Es gibt jedoch auch weitere Möglichkeiten, Geld zu mobilisieren. So setzt sich die SPD beispielsweise für eine Übergewinnsteuer ein. Milliarden schwere Gewinne der großen Energiekonzerne, die alleine auf die aktuelle Krisenlage zurückzuführen sind, sollten zur Krisenbewältigung beitragen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.